

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Helmut Creutz	Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?	3
Gerhardus Lang	Sozialstaat und sozialer Organismus	16
Ricarda Buch	Wer sich nicht wehrt, landet am Herd.	22
Christian Böttcher	Was ist neu am Kommunitarismus?	29
	Bücher	37

34. Jahrgang

115. Folge

Dezember 1997

Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?

Versuch einer Analyse

„Die deutsche Wirtschaft steht am Scheideweg. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt ...“

Dieses Zitat könnte aus unseren Tagen stammen. In Wirklichkeit aber steht es in einer Denkschrift des Präsidiums des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie* vom 2. Dezember 1929! – Besonders dieses Datum sollte uns zu denken geben. Denn wenn es zwischen dieser Aussage von vor siebzig Jahren und heute eine Parallele gibt, gilt diese auch für das, was diesem Datum folgte. Und das war bekanntlich nicht nur ein Niedergang der deutschen Wirtschaft und damit verbunden eine soziale Katastrophe mit sechs Millionen Menschen ohne Arbeit und Brot. Vielmehr war es auch das Ende jenes ersten Versuchs in unserem Land, eine Demokratie zu praktizieren. Und was danach kam, ist hoffentlich noch in Erinnerung.

Gibt es tatsächlich Entwicklungen aus jener Zeit, die sich mit denen in unserer heutigen Wirtschaft vergleichen lassen? Einer Wirtschaft, die doch mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft gekennzeichnet ist? Können sich überhaupt in einem Gemeinwesen, das sich – wie die deutsche Bundesrepublik – als Sozialstaat bezeichnet, vergleichbare Gefahren entwickeln?

Was hat es mit den Begriffen Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft eigentlich auf sich?

Der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* suggeriert, daß die Wirtschaft aus sich heraus bereits soziale Spannungen verhindert und evtl. entstehende selbsttätig reguliert. Dabei läßt sich dieser Begriff nur schwerlich mit jenem zweiten bei uns geläufigen und genauso oft benutzten Etikett verbinden, nämlich jenem von der *Freien Marktwirtschaft*. Überprüft man beide Begriffe, so stellt man fest, daß wir in Wirklichkeit weder das eine noch das andere hatten:

Eine freie Marktwirtschaft gab es nicht, weil sich der Staat von Anfang an und sogar in zunehmendem Maße direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingemischt hat. Eine soziale Marktwirtschaft gab es nicht, weil eine Marktwirtschaft an sich gar nicht sozial, sondern allenfalls tauschgerecht sein kann. Selbst dazu aber fehlte es bei uns an ausreichenden staatlichen Rahmenordnungen, z.B. an wirksamen Kartell- und Monopolverordnungen, die inzwischen sogar von einem Staat, der im Zuge wachsender Etatengpässe und Verschuldungen immer erpreßbarer wird, selbst eingeschränkt und außer Kraft gesetzt werden. Vor allem aber fehlt es an entsprechend klaren Rahmenordnungen in den grundlegenden Bereichen aller Wirtschaftens, nämlich in der Geld- und Bodenordnung. Ohne diese für den sozialen Frieden erforderlichen Rahmenordnungen aber bleibt sowohl ein wirklich freies wie soziales Gemeinwesen auf Dauer eine Fiktion, so ernst es auch von den Politikern der ersten Stunde gemeint gewesen sein mag.

Was versteht man heute unter Sozialstaat?

Für den Normalbürger ist ein Sozialstaat sicherlich ein Gebilde, daß für Arbeit sorgt, ihn vor allen Nöten schützt und ihm auch ansonsten ausreichend unter die Arme greift. Das gilt ganz besonders für den Krankheitsfall und das Alter.

Diese Art Sozialstaat, der die Risiken des Bürgers durch gesetzlich festgelegte Hilfen auffängt, hat bei uns über mehrere Jahrzehnte fast problemlos funktioniert, zumindest solange ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum ständig steigende Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen spülte. Das gilt auch für die Umstellung der Altersrente auf das Umlagesystem, den sogenannten Generationenvertrag, der in den 50er Jahren ent-

* Vortrag während der 22. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 1.11.1997 in Hann.-Münden.

stand, weil der NS-Staat alle Ersparnisse und Altersabsicherungen vernichtet hatte.

Warum aber kommt dieser Sozialstaat heute in Schwierigkeiten und aufgrund der Schwierigkeiten ins Gerede? Warum spricht man bereits von der Unbezahlbarkeit des Sozialstaates und beruft sogar sein Ende? Wie kommt es, daß ein Staat, der vor 40 Jahren mit seinen Bürgern gemeinsam arm war, sich damals die Einrichtung der genannten sozialen Sicherungen erlauben konnte, diese heute aber, trotz vielfach größeren Reichtums, nicht mehr finanzieren kann? Oder wie läßt sich erklären, daß unsere Städte und Gemeinden vor Jahrzehnten Schulen, Schwimmhallen, Bibliotheken, Theater und Sozialeinrichtungen problemlos schaffen und betreiben konnten, diese Einrichtungen heute aber – bei mehrfach höheren Wirtschaftsleistungen und trotz des Verkaufs von Tafelsilber – nur noch unter Mühen aufrechterhalten können? – Vordergründig bieten sich hierfür folgende Erklärungen an:

- Die Einnahmen des Staates sind gemessen an der Wirtschaftsleistung zurückgeblieben.
- Die vom Staat zu tragenden sozialen Lasten haben rascher zugenommen als der dafür vorhandene finanzielle Spielraum.
- Die zunehmende Arbeitslosigkeit wirft alle Etatplanungen über den Haufen.
- Die Verschuldung des Staates und damit der daraus resultierende Schuldendienst führen den Staat in zunehmende Schwierigkeiten.
- Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die öffentliche Leistungsfähigkeit überfordert.

Im folgenden sollen diese Erklärungsmuster der Reihe nach auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden.

Waren die Staatseinnahmen zu niedrig?

Maßstab für alle Anspruchsrechte und -zuteilungen in einer Gesellschaft ist die volkswirtschaftliche Leistung. Diese volkswirtschaftliche Leistung – das Sozialprodukt – ist in Deutschland nominell von 98 Mrd DM 1950 auf 3446 Mrd DM 1995 angestiegen, also auf das 34fache. Die Einnahmen der gesamten öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) nahmen in der gleichen Zeit jedoch von 36,5 Mrd auf 1.738

Mrd zu, also auf fast das 48fache und damit um ein gutes Drittel mehr!

Diese Überentwicklung spiegelt sich auch in der sogenannten Staatsquote wider, also dem Anteil der Staatseinnahmen ausgedrückt in Prozenten des Sozialprodukts. Während diese Staatsquote in den 50er Jahren noch bei 37 % lag, erreichte sie in den 70er Jahren bereits 46 und in den 90er Jahren 50 %. Das aber bedeutet: *Die Probleme unseres Sozialstaates lassen sich mit unzureichenden oder gar rückläufigen Staatseinnahmen nicht erklären.*

Resultiert das Problem aus zu rasch gestiegenen sozialen Kosten?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir das Sozialbudget des Staates unter die Lupe nehmen, also die Gesamtheit aller Sozialausgaben. In Mrd DM ausgedrückt ergibt sich hier eine Steigerung von knapp 17 Mrd 1950 auf 1.179 Mrd 1995, also auf das 69fache. Damit nahmen die Ansprüche an den Sozialstaat noch rascher zu als die öffentlichen Einnahmen, gemessen an der Entwicklung der Wirtschaftsleistung sogar doppelt so rasch.

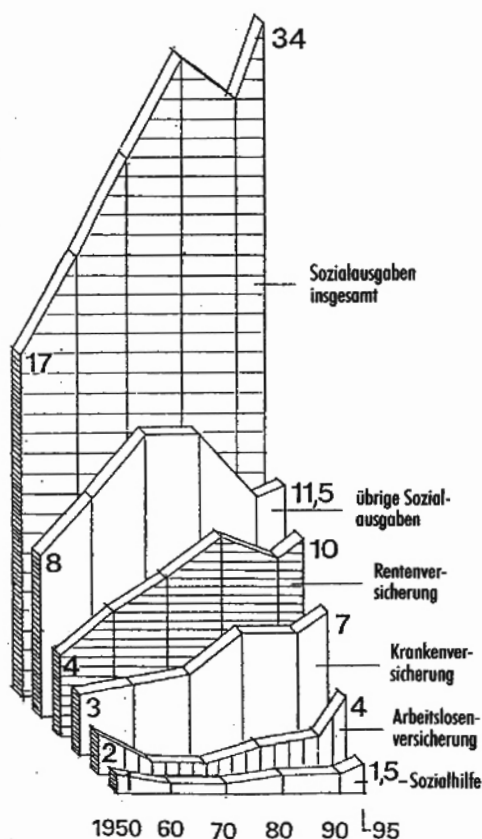
Diese Überentwicklung des Sozialbudgets geht aus der *Darstellung 1* hervor. In ihr sind die Entwicklungen der gesamten Sozialleistungen wie die der wichtigsten Einzelposten in Prozenten des Sozialprodukts wiedergegeben.

Wie aus der Darstellung ersichtlich, hat sich der gesamte Sozialetat von 1950 bis 1995 von 17 auf 34 % des BSP verdoppelt. Das heißt, aus unserem Sozialprodukt wenden wir heute, gemessen an unserer Wirtschaftsleistung, zweimal soviel für soziale Zwecke auf wie Anfang der 50er Jahre, als die soziale Not unvergleichlich größer war. Dabei fand die entscheidende Überentwicklung bereits in den ersten drei Jahrzehnten unserer Wirtschaftsepoche statt. In den 80er Jahren kam es sogar zu einem deutlichen Rückgang, der ab 1990 erneut in einen steilen Anstieg überging. Zieht man hierfür die Vereinigungsfolgen als Erklärung heran, dann haben diese im Prinzip nur die Eskalation der ersten Jahrzehnte fortgesetzt und bis 1995 den Stand von 1980 nur geringfügig überschritten.

Betrachtet man jetzt die Entwicklungen der wesentlichen Einzelposten, dann ist die geringe Größe der zuerst dargestellten Sozialhilfe-

Darstellung 1:
**Entwicklung des Sozialbudgets
 und seiner Teile**

1950 - 1995, in % des BSP



Quelle: BMA

HELMUT CREUTZ

ausgaben vielleicht für viele überraschend. Gemessen am Sozialprodukt lagen sie 1950 bei 1%, gingen dann sogar auf 0,5% zurück, um bis 1995 wieder auf 1,5% anzusteigen.

Einen ähnlichen, jedoch deutlicher ausgeprägten Verlauf nahmen die Ausgaben für den zweiten eingetragenen Posten der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung. Sie fielen von anfangs 2% ebenfalls auf 0,5% zurück, um dann bis 1980 wieder auf 2 und in den 90er Jahren auf 4% hochzuschießen. Dieser Verlauf in Prozenten spiegelt praktisch die

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserem Land wider.

Der drittgrößte Einzelposten, die Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung, stieg dagegen in den 45 Jahren fast kontinuierlich von rund 3 auf 7% der Wirtschaftsleistung an, beschleunigt jeweils in den 70er und 90er und bei Stagnation in den 80er Jahren.

Bei dem viertgrößten Posten, den Kosten für die Rentenversicherung, zeichnet sich dagegen in den ersten drei Jahrzehnten – ähnlich wie beim gesamten Sozialbudget – ein steiler Anstieg von 4 auf 10% ab. Nach einem Rückgang in den 80er Jahren erreichten die Rentenaufwendungen 1995 lediglich wieder die Marke des Jahres 1980.

In der fünften eingetragenen Entwicklung sind dann die restlichen Posten des Sozialbudgets zusammengefasst. Dazu gehören z.B. die Ausgaben für die Unfallversicherung, Wohn-, Kinder- und Erziehungsgeld, Beamtenpensionen, Altershilfe für Landwirte usw. Wie ersichtlich, nahmen diese übrigen Ausgaben nur in den beiden ersten Jahrzehnten von 8 auf 14% zu, stagnierten in den 70er Jahren und gingen von 1980 bis 1990 auf 11% deutlich zurück. Bis 1995 stiegen sie erneut auf 11,5% geringfügig an.

Zweifellos ist der deutliche Anstieg des gesamten Sozialbudgets wie auch der Einzelposten in den 90er Jahren weitgehend auf die vereinigungsbedingten Zusatzleistungen zurückzuführen. Das gilt besonders für den Auftrieb bei der Arbeitslosenversicherung. Die entscheidenden ‚Sünden‘ jedoch, die zu der übermäßigen Belastung des Sozialstaates führten, sind bereits in den ersten drei Jahrzehnten unserer Wirtschaftsperiode begangen worden. Wie aus der Darstellung zu entnehmen, hingen sie vor allem mit dem übermäßigen Anstieg der Kranken- und Rentenversicherungsausgaben zusammen, in den ersten beiden Jahrzehnten auch mit dem Anstieg der übrigen Sozialausgaben.

Hätte man also in diesen ersten Jahrzehnten die Zunahme der Sozialaufwendungen in diesen Bereichen in etwa den wirtschaftlichen Entwicklungen angepaßt oder wenigstens den Staatseinnahmen, wären die zusätzlichen vereinigungsbedingten Kosten relativ leicht zu verkraften gewesen. Auch wenn die in den 80-

er Jahren durchgesetzte Reduzierung der gesamten Sozialausgaben verständlicherweise zu vielfältigen Protesten führte, muß sie im Hinblick auf die Vereinigung fast als Glücksfall angesehen werden.

Wurden die sozialen Problem-entwicklungen von der Steuergestaltung beeinflusst?

Wie dargelegt, hat der Staat seine Einnahmen langfristig deutlich über die Wirtschaftsentwicklung hinaus steigern können. Das gilt selbst für die Zeit von 1990 bis 1995 und trotz des Konjkturereinbruchs im Jahre 1993. So nahm in diesen Jahren – also über die Wende hinweg – die Wirtschaftsleistung nominell um 50% zu, die Staatseinnahmen jedoch um 60%. Warum trotz dieser laufenden Einnahmensteigerungen soziale Probleme entstanden bzw. zugenommen haben, geht aus der *Darstellung 2* hervor. In ihr sind die wichtigsten Einzelsteuern mit ihren prozentualen Anteilen am gesamten Steueraufkommen von 1950 bis 1995 wiedergegeben.

Hier springt vor allem die Entwicklung der Lohnsteuer ins Auge, deren Anteil an den gesamten Steuereinnahmen von 9% 1950 auf 34% im Jahr 1985 und damit fast auf das Vierfache eskalierte! Der anschließende relativ leichte Rückgang bis 1995 auf 31% dürfte einmal mit der Steuersenkung Ende der 80er Jahre zusammenhängen, vor allem jedoch mit dem ab 1991 einsetzenden Rückgang der Arbeitnehmerzahlen.

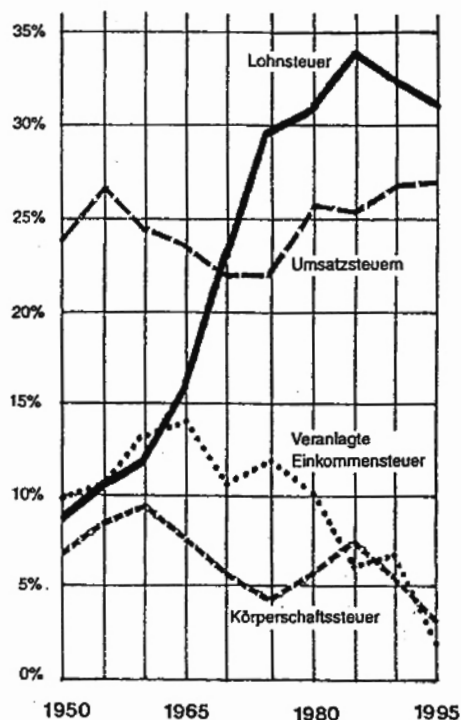
Die beiden anderen einkommensbezogenen Steuern stiegen nur in den ersten zehn Jahren in etwa mit der Lohnsteuer an, um danach tendenziell zurückzufallen. Besonders groß war dabei der Rückgang der veranlagten Einkommensteuer in den letzten 30 Jahren von 14 auf 2%!

Die ebenfalls eingetragene Entwicklung der Umsatzsteuer zeigt dagegen langfristig eine in etwa gleichbleibende Größe, schwankend um 25% des Steueraufkommens. Doch auch diese Umsatzsteuern werden überwiegend von jener Bevölkerungsgruppe getragen, die mit der Lohnsteuer bereits überproportional zur Kasse gebeten wird!

Besonders interessant ist der Vergleich zwischen den drei größten Einkommenssteuern: Der Lohnsteuer, die von den Arbeitnehmern

Darstellung 2: Langfristige Entwicklungen wesentlicher Steuern in Prozenten der gesamten Steuereinnahmen

1950-1995, ab 1990 Gesamtdeutschland



Quelle: Sachverständigen-Gutachten

HELMUT CREUTZ

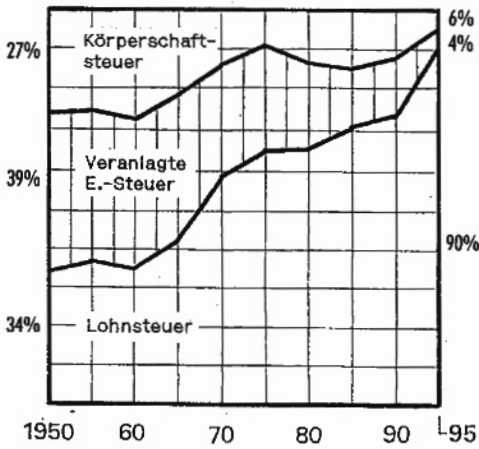
gezahlt wird, der veranlagten Einkommensteuer, die überwiegend von den selbständig Beschäftigten aufzubringen ist, und der Körperschaftsteuer, die sich auf die Einkommen der Unternehmen bzw. Kapitalgesellschaften bezieht. Wie extrem sich das Aufkommen aus diesen einkommensbezogenen Steuern gegeneinander verschoben hat, geht noch deutlicher aus der *Darstellung 3* hervor, ebenfalls für den Zeitraum 1950 bis 1995.

Während bis 1960 alle drei Steuerarten noch in etwa gleichgewichtige Erträge erbrachten, bestritt die Lohnsteuer 1975 bereits 65% und

Darstellung 3:

Struktur der wichtigsten Einkommensteuern

prozentuale Aufteilung



Quelle: Deutsche Bundesbank

HELMUT CREUTZ

1995 sogar 90% des Gesamtaufkommens! Oder anders gesehen: Während im ersten Jahrzehnt die Körperschaft- und veranlagte Einkommensteuer noch 66% der Gesamtlast übernahmen, ist ihr gemeinsamer Anteil bis 1995 auf 10% geschrumpft! Die veranlagte Einkommensteuer ging dabei sogar von 39 auf 4% des Aufkommens zurück und damit fast auf ein Zehntel ihrer Ausgangsbeteiligungen.

Wie läßt sich diese Entwicklung erklären?

Die inzwischen riesige Differenz zwischen dem Aufkommen aus der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer ist zu einem erheblichen Teil auf die gegenläufigen Verschiebungen der Beschäftigtenzahlen in beiden Steuerzahlergruppen zurückzuführen. So nahm die Zahl der Selbständigen – einschließlich der mitarbeitenden Familienangehörigen – in den 45 Jahren von 6,4 auf 3,7 Millionen ab, während die Zahl der unselbständig Beschäftigten – verstärkt noch durch die Vereinigung – von 14 auf 31 Millionen anstieg.

Ebenso entscheidend dürften jedoch die Verschiebungen der pro-Kopf-bezogenen Steuerbelastungen in beiden Gruppen für die Vertei-

lungsdiskrepanzen sein, auch wenn eine solche Umrechnung im Bereich der veranlagten Einkommensteuer aus verschiedenen Gründen etwas fragwürdig ist. Rechnet man trotz dieser Vorbehalte die gezahlten Steuern auf die jeweiligen Beschäftigtenzahlen um, so entfielen beispielsweise auf jeden Arbeitnehmer 1950 rund 130 DM Einkommensteuern, auf jeden Selbständigen rund 350 DM. 1995 aber lagen die entsprechenden Leistungen je Arbeitnehmer bei 9.100 DM, je Selbständigen jedoch bei 3.600 DM. Das heißt, die steuerlichen Pro-Kopf-Belastungen haben sich inzwischen von 1:3 auf 3:1 umgekehrt. Oder anders ausgedrückt: *Die Steuerzahlungen der Arbeitnehmer sind seit 1950 nominell auf das 70fache gestiegen, die der Selbständigen jedoch nur auf rund das Zehnfache.* Und das vor dem Hintergrund eines deutlich steileren Anstiegs der Selbständigen-Einkommen!

Sucht man für diesen Tatbestand wiederum eine Erklärung, dann bieten sich dafür als erstes die unterschiedlichen Steuereinzugsverfahren an. So werden bekanntlich alle Arbeitnehmer mit jeder verdienten Mark unausweichlich direkt zur Kasse gebeten. Die Selbständigen verfügen dagegen, ähnlich wie die Körperschaften, über einen offensichtlich ständig gewachsenen Steuergestaltungsspielraum. Mit legalen, halblegalen und zunehmend auch illegalen Mitteln (man denke nur an die Steuerflucht nach Luxemburg und anderswo) sind sie in der Lage, das zu versteuernde Einkommen auf oft geringfügige Beträge herunterzurechnen bzw. sich sogar ganz den Zahlungen zu entziehen. Der immer wieder als Schreckgespenst angeführte Spitzensteuersatz von 53%, der angeblich den Standort Deutschland so gefährdet, hat mit der Wirklichkeit also nur wenig zu tun.

Es kommt aber nicht nur zur Vermeidung von Steuerzahlungen im Bereich der veranlagten Einkommensteuern, sondern inzwischen in einem immer größeren Ausmaß sogar zu Steuerrückerstattungen. Und das trifft selbst auf Einkommensmillionäre zu! So berichtete „Die Woche“ am 17. Oktober 1997 aus dem Millionärs-Domizil Bad Homburg, daß dort die Zahl derjenigen zunimmt, die laut Aussage des dortigen Finanzamtsleiters „*siebenstellige Einkünfte einfach, weggestalten*“ – vor allem durch *Investitionen in Ost-Immobilien*“. In seinem bisher be-

sten Jahr, nämlich 1990, nahm das dortige Finanzamt noch fast 440 Millionen DM ein, 1996 nur noch 196 Millionen. Diesen Einnahmen von 196 Millionen standen jedoch 219 Millionen Steuerabzüge bzw. Rückerstattungen gegenüber, so daß per saldo ein Verlust zu verzeichnen war! Selbst die Bundesbank bestätigt diese Entwicklungen in ihrem Monatsbericht 8/97 auf Seite 97: „Die Erstattungen sind inzwischen schon fast so hoch wie die Steuereingänge, was hauptsächlich der weiterhin starken Inanspruchnahme steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten zuzuschreiben sein dürfte.“ Wie fragwürdig diese Abschreibungsmöglichkeiten letztlich waren, zeigt sich nicht nur an den leerstehenden Wohn- und Gewerbecobjekten in den neuen Ländern, sondern auch daran, daß auf diese Weise kaum irgendwo die erhoffte Wirtschaftsbelebung zustande kam.

Es bedarf kaum näherer Erklärungen, daß mit den beschriebenen Verschiebungen im Bereich der Steuern nicht nur die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zurückgehen, sondern gleichzeitig auch die sozialen Spannungen zunehmen müssen. Die Folgen für das Marktgeschehen liegen auf der Hand. Vor allem wenn man bedenkt, daß die Nachfrage jener Einkommensgruppen, die ihre Steuern gestalten können, weitgehend befriedigt ist.

Wie sehr sich die Bedingungen langfristig zu Ungunsten der Arbeitnehmer verschoben haben, zeigt sich auch an den Gesamtabzügen von den Bruttolöhnen und -gehältern. Während diese 1950 erst bei 14 % lagen, sind sie inzwischen auf 34 % angestiegen! Zwar ergeben sich auf diese Weise für den Staat sichere, weil so gut wie gar nicht manipulierbare Mehreinnahmen. Gleichzeitig wachsen aber auch seine Zahlungsverpflichtungen, da aufgrund der hohen Abzüge immer mehr Familien mit ihrem sinkenden Nettoeinkommen auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind.

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Sozialproblemen und dem monetären Bereich?

Nicht nur bei den Staatseinnahmen oder dem Sozialbudget, sondern bei allen Einkommens- oder Anspruchszunahmen, die über die Entwicklung der Wirtschaftsleistungen hinausgehen, muß es an anderen Stellen zu Engpässen kommen. Das aber trifft ganz besonders für die

Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden zu.

Während sich die Staatseinnahmen von 1950 bis 1995 fast um die Hälfte rascher und das Sozialbudget doppelt so rasch entwickelten wie die Wirtschaftsleistung, nahmen die Geldvermögen und Schulden sogar viermal so rasch zu. Als Folge kommen heute auf jede Mark Sozialprodukt rund 2,40 Mark Geldvermögen bzw. Schulden, während es 1950 erst rund 60 Pfennig waren!

Da im Gleichschritt mit den Geldvermögen und den Schulden jedoch auch die Zinsströme übermäßig steigen und diese Zinsströme immer von der Arbeit zum Besitz fließen, sind entsprechend zunehmende soziale Umverteilungsfolgen unvermeidbar. Dabei kommt es bei der überwiegenden Mehrheit der Haushalte per saldo zu Einkommensabflüssen, denen bei einer Minderheit per saldo entsprechend hohe und konzentrierte Einkommenszugewinne gegenüberstehen. Dies schlägt sich auch in der Zusammensetzung der privaten Einkommen nieder. So ist z.B. der Anteil der Nettolöhne und -gehälter an den verfügbaren Einkommen von 1978 bis 1994 von 54 auf 45 % zurückgegangen, während der Anteil der Vermögenseinkommen und privaten Entnahmen aus Unternehmen von 23 auf 33 % zunahm. Der restliche Einkommensanteil, aus dem staatlichen Sozialbudget stammend, blieb mit 23 bzw. 22 % in diesen 16 Jahren praktisch konstant.

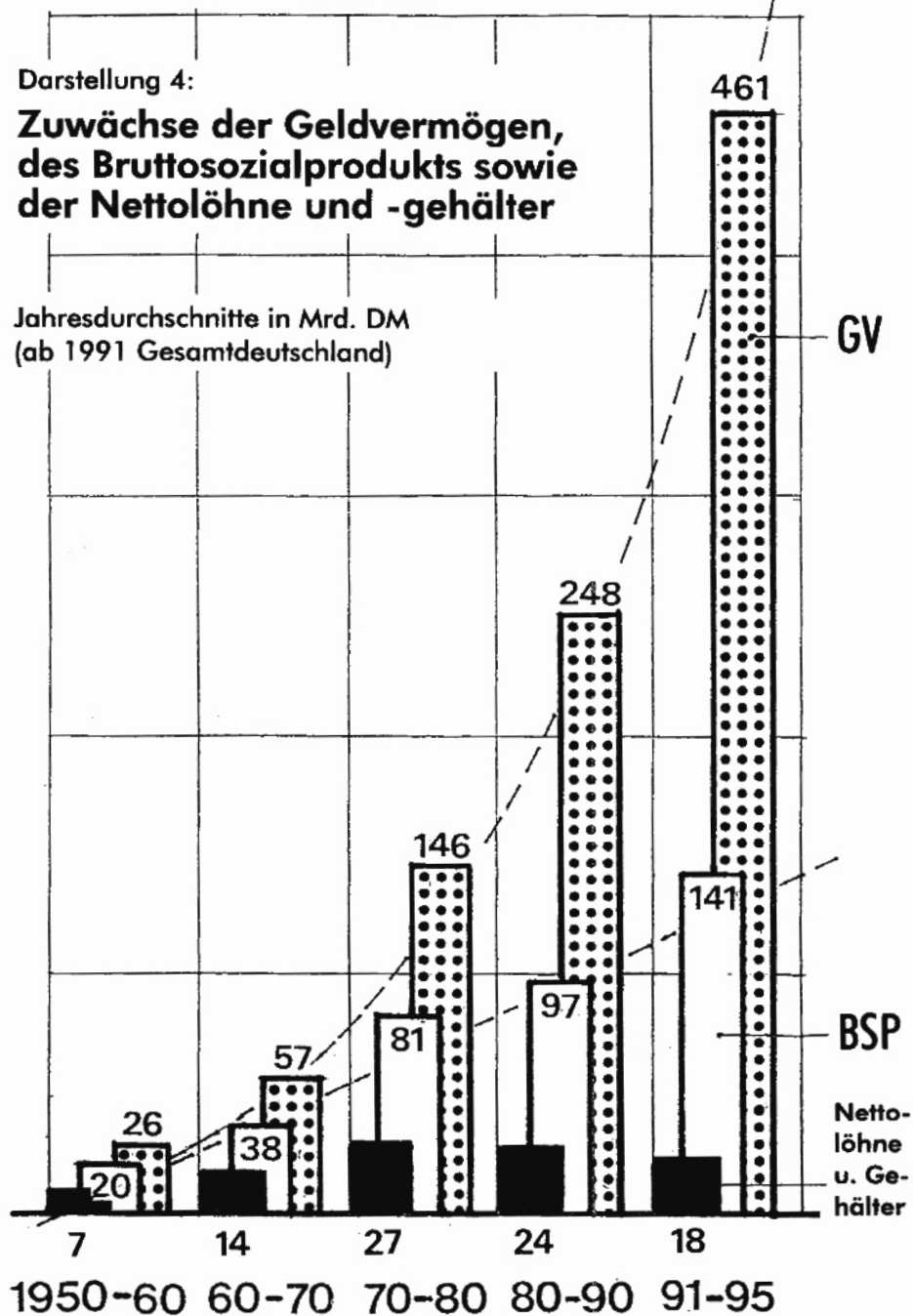
Diese Verschiebungen zeichnen sich auch ab, wenn man die jährlichen Zuwachsraten des Sozialprodukts mit jenen der Nettolöhne und der Geldvermögen vergleicht, wie in der *Darstellung 4* geschehen.

Wie daraus zu entnehmen ist, lag die Zunahme der Geldvermögen in den ersten beiden Jahrzehnten noch nahe bei jener der Wirtschaftsleistung. In den 80er Jahren erreichte sie jedoch bereits das 2,5fache und in den 90er Jahren das 3,3fache. Umgekehrt fiel die Zuwachsraten der Arbeitnehmer-Nettoeinkommen bereits in den 80er Jahren leicht und seit 1990 deutlich gegenüber der Wirtschaftsentwicklung zurück. Dabei ist zu beachten, daß die Verzinsung für das eskalierende Geldvermögen überwiegend erst beim Ausgeben der Nettoeinkommen als Verlust zu Buche schlägt, versteckt in allen Preisen und Gebühren.

Darstellung 4:

Zuwächse der Geldvermögen, des Bruttosozialprodukts sowie der Nettolöhne und -gehälter

Jahresdurchschnitte in Mrd. DM
(ab 1991 Gesamtdeutschland)



Quelle: Deutsche Bundesbank HELMUT CREUTZ

Das heißt: *nicht nur die Entwicklungen im Bereich der Steuern haben eine zunehmende Umverteilung von unten nach oben bewirkt. Noch gravierender ist diejenige, die von den Zinstransfers ausgeht.* Rechnet man die gesamten Schuldzinsen einmal auf die verfügbaren Einkommen um, dann sind diese Zinstransfers, die 1950 noch bei 6% gelegen haben, inzwischen auf über 20% angestiegen.

Erfreulicherweise werden diese Umschichtungen inzwischen auch von den Gewerkschaften thematisiert. So hat nach einem Bericht des Berliner „*Tagesspiegel*“ vom 17.9.1997 die stellvertretende Vorsitzende des DGB, *Ursula Engelen-Kefer*, darauf hingewiesen, daß die Hälfte der in Deutschland anfallenden Zinsen und Dividenden einer Minderheit aller Haushalte zugute kommt. Und wörtlich: *„Das Einkommen dieser fünf Prozent nur aus Zinsen und Dividenden ist damit vier- bis fünfmal so hoch, wie insgesamt für Sozialhilfeempfänger aufgewendet werden muß.“* Deshalb müsse die Zerteilung der Gesellschaft gestoppt werden, auch um Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Wahlmüdigkeit entgegenzuwirken.

Und die Folgen dieser Umverteilung?

Welche Probleme mit solchen Zinstransfers verbunden sind, zeigt sich z. B. bei der Staatsverschuldung, zu deren Bedienung inzwischen rund 130 Milliarden Mark aus den Steuereinnahmen der Gesamtheit in die Taschen der Geldvermögensbesitzer fließen. In den 70er Jahren mußte man diese Schuldzinsen im Etat des Bundes noch unter ‚ferner liefen‘ suchen, in den 80er Jahren waren sie bereits der drittgrößte Ausgabenposten und inzwischen haben sie die Verteidigungsausgaben vom zweiten Platz im Etat verdrängt.

Auf gleiche Weise fließt ein zweieinhalbfaches so hoher Betrag von den verschuldeten Unternehmen an das Geldkapital. Da es vielen Unternehmen jedoch nicht mehr gelingt, diese steigenden Zinskosten auf die Preise umzulegen, eskaliert die Zahl der Insolvenzen. Allein seit 1990 waren es fast 150.000 Unternehmen, die überwiegend aus Verschuldungsgründen in die Zahlungsunfähigkeit gerieten. Bedenkt man, daß im Zuge dieser Insolvenzen rund 2 Millionen Arbeitskräfte entlassen wurden, wird die Gefährlichkeit dieser Schuldentwicklungen deutlich, ebenso die Rolle, die ihr

bei der Problematik der Arbeitslosigkeit zukommt.

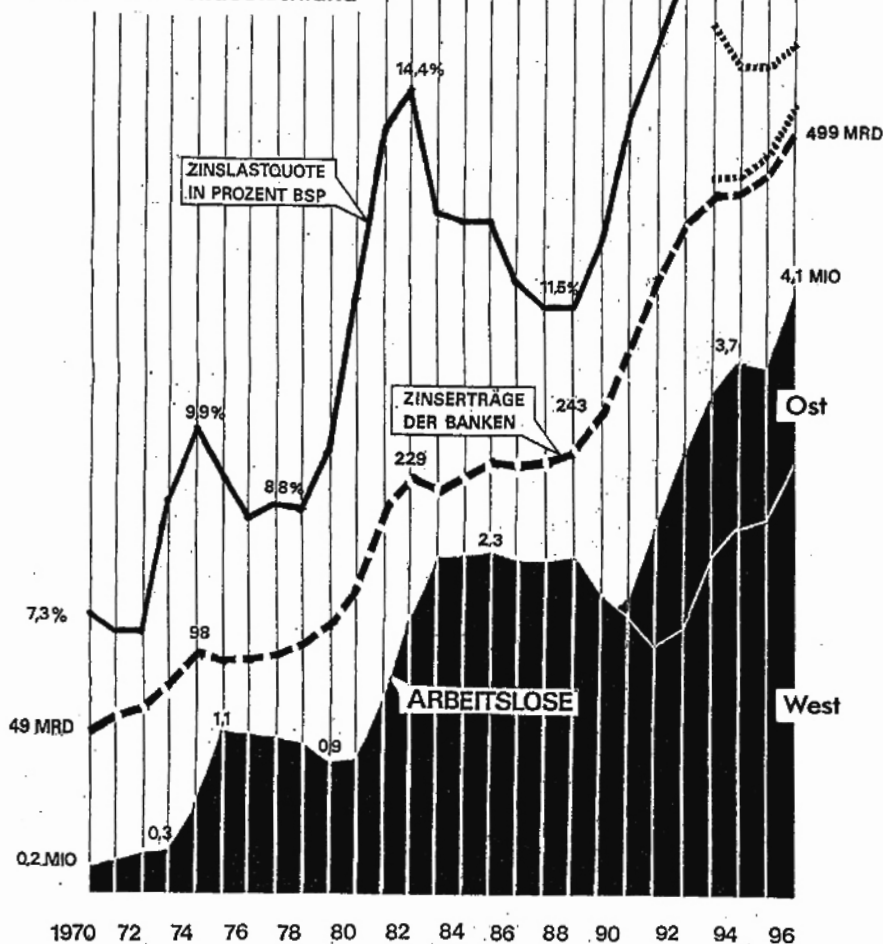
Problemverschärfend wirkt bei allem, daß diese Zinslastentwicklungen nicht kontinuierlich wie die Geldvermögen und Schulden zunehmen, sondern in den Hochzinsphasen jeweils förmlich explodieren. So ist es beispielsweise sowohl 1978-82 wie auch 1988-92 jeweils zu einer Verdoppelung der fremdkapitalbezogenen Zinslasten gekommen. Das geht auch aus der *Darstellung 5* hervor, in der – neben den Zinssatzveränderungen – auch die Entwicklungen der Arbeitslosigkeit, der Bankzinserträge in Milliarden DM sowie deren Umrechnung in Prozenten des Sozialprodukts widergegeben sind.

Rechnet man die Zinserträge der Banken, die etwa mit den Fremdkapitalkosten unserer Wirtschaft gleichzusetzen sind, in Prozente des Sozialproduktes um, ergibt sich die konjunkturrentscheidende Zinslastquote. Da mit dem Anstieg der Zinslasten das Wirtschaftswachstum nachläßt und schließlich sogar einbricht, ergibt sich aus dieser Zinsquotenkurve eine besonders deutliche Beziehung zur Arbeitslosigkeit: Ein Jahr nach ihrem Gipfel hört – wie gut erkennbar – jeweils auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf. Zu einer Umkehr der Entwicklung, also zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, kommt es jedoch trotz fallender Zinssätze immer zögerlicher. Ursache dafür ist, daß der Vorteil der sinkenden Zinssätze durch die ständig ansteigende Verschuldung kompensiert und inzwischen sogar überkompensiert wird.

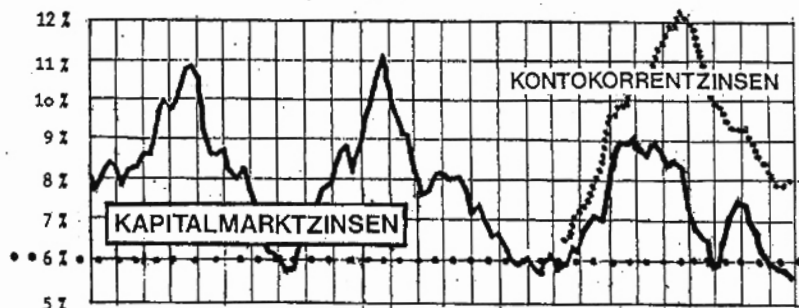
Erst wenn die stagnierenden Zinslasten nach einigen Jahren zu einer Erholung der Konjunktur, der Firmengewinne und schließlich auch der Massenkaufkraft geführt haben, führt das Fallen der Zinslastquote zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bzw. zu Wiedereinstellungen vorher entlassener Mitarbeiter. Da aber die immer höhere und auch in Krisenzeiten weiter steigende Verschuldung diese Erholung immer mehr erschwert, dauert dieser Prozeß zunehmend länger. Ganz besonders, wenn der Anstieg der absoluten Zinsbelastungen – wie 1994 – nur kurz unterbrochen wird. Da im gleichen Jahr auch die Zinslastkurve nur kurz abknickte um anschließend wieder anzusteigen, erklärt sich auch der weitere Anstieg der

Darstellung 5 Zinslast und Arbeitslosigkeit

Werte: Gesamtdeutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank HELMUT CREUTZ



Arbeitslosigkeit in den Jahren 1996 und 1997. Die Folgen für diese Situation in Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem bezogen auf den Spielraum sozialer Maßnahmen, bedürfen wohl kaum weiterer Erklärungen.

Zwischenresumee

Betrachtet man die beschriebenen Problemfelder im Zusammenhang, so zeichnen sich in allen Fällen Entwicklungen ab, die den Sozialstaat in zunehmendem Maße gefährden müssen. Dabei kommt es fast überall zu einer Beschleunigung der Problementwicklungen, die sich außerdem von mehreren Seiten her in ihrer Wirkung noch verstärken:

So verschlechtert sich die Lage der *Arbeitnehmer* z.B. nicht nur durch den Rückgang der Beschäftigtenzahlen bei einer wachsenden Zahl der Sozialleistungsempfänger, sondern auch noch durch die zunehmenden Laufzeiten dieser Sozialleistungen. Aufgrund des daraus resultierenden Rückgangs der Nettoeinkommen und damit der allgemeinen Massenkaufkraft ist es den Arbeitleistenden immer weniger möglich, die selbst produzierten Güter auch zu erwerben.

Die Lage der *Unternehmer* wiederum verschlechtert sich sowohl durch den genannten Rückgang der Massenkaufkraft als auch der tendenziell wachsenden Verschuldung. Der Versuch, die daraus resultierenden Engpässe durch Personaleinsparungen und/oder Produktivitätssteigerungen zu minimieren, ist zwar verständlich, führt aber mittelfristig nur zur Vergrößerung der Probleme. Denn die durch den Ersatz von Menschen durch Maschinen erzeugte Mehrproduktion trifft zwangsläufig auf eine zusätzlich verringerte Nachfrage.

Die *öffentlichen Haushalte* schließlich werden gleich von drei Seiten in die Zange genommen: Einmal gehen als Folge von Rationalisierungen und Konjunkturéinbrüchen die Steuereinnahmen zurück, zum anderen steigen die Kosten im Sozialbereich. Außerdem wird das in den letzten Jahrzehnten praktizierte Schließen der Etatlücken durch Kredite immer mehr zu einer Falle, die am Ende zu noch höheren Kürzungen der Sozialausgaben zwingt.

Alle Bemühungen, dieser Entwicklung durch Reduzierung von Investitionen und Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst zu begegnen,

verschlimmern die prekäre Gesamtsituation genauso wie bei den Unternehmen. Und der Versuch, die Wirtschaft durch Investitionsbeihilfen und andere Steuergeschenke in Schwung zu bringen, hat sich angesichts der überfüllten Märkte und der rückläufigen Massenkaufkraft nicht nur als falsch erwiesen, sondern weitgehend nur den Wohlhabenden ermöglicht, ihren Reichtum auf Kosten von Steuermitteln zu mehren.

Was könnte man tun, z. B. im Gesundheitswesen?

Pharmaindustrie, Apotheker, Krankenhäuser und Ärzte sind aus naheliegenden Gründen an Kostensenkungen kaum interessiert. Und der sich machtlos föhlende Versicherte ist bemüht, sein Geld über möglichst viele Leistungen zurückzuholen. Daß auf dieser Grundlage Reformen nur schwerlich greifen können, liegt auf der Hand. Ganz anders wäre es, wenn die Versicherten selbst an Kosteneinsparungen interessiert wären. Die inzwischen eingeföhrten Kostenbeteiligungen sind darum zwar ein richtiger Ansatz, gleichzeitig aber auch ein Stück Sozialabbau, weil sie die sozial Schwächsten am stärksten treffen.

Ein konstruktiver Weg wäre das bereits seit Jahrzehnten immer wieder vorgeschlagene Splitting der Versicherungsbeiträge. Dabei würde die Hälfte oder zwei Drittel der heutigen Zahlungen in den Gemeinschaftstopf fließen, der Rest auf ein persönliches Konto bei der Versicherung. Hat sich auf diesem Konto ein bestimmtes Guthaben von beispielsweise 4000 DM angesammelt, verringern sich die Beitragszahlungen auf den Gemeinschaftsanteil. Nimmt der Versicherte Leistungen in Anspruch, werden diese zuerst von seinem persönlichen Guthaben abgebucht. Die vollen Beitragszahlungen leben anschließend wieder auf, bis zur erneuten Füllung des persönlichen Kontos. Damit wird dem Versicherten bewußt, daß er letztlich immer sein eigenes Geld ausgibt. Er dürfte darum mit Versicherungsleistungen sorgsamer umgehen und an seiner Gesunderhaltung wie der Vermeidung unnötiger Kosten interessiert sein.

Natürlich müßte dann auch mit der verdeckten Methode Schluß gemacht werden, mit der heute Ärzte und andere Leistungsträger mit den Versicherungen abrechnen. Das heißt, Lei-

stungen werden nur erstattet, wenn der Versicherte sie – im Klartext mit ihren Einzelkosten ausgewiesen – gegengezeichnet hat. Allein mit dieser in anderen Branchen selbstverständlichen Verrechnungsmethode könnten zweistellige Milliardenbeträge eingepart werden, auch weil durch den Rückgriff auf die persönlichen Guthaben die Versicherten von augenzwinkernd Gefälligkeits-Gegenzeichnungen Abstand nehmen dürften.

... z. B. im Bereich der Altersrenten?

Daß die zunehmende Scherenöffnung zwischen Leistungszahlern und -empfängern entweder zu höheren Beiträgen oder sinkenden Leistungen führen muß, ist nach Adam Riese unvermeidlich, auch wenn Politiker immer wieder das Gegenteil behaupten. Ebenso ist der heute andiskutierte Umstieg von dem jetzigen Umlage- auf ein Kapitaldeckungssystem kaum möglich. Entweder müßte die heutige arbeitende Generation für beide Systeme gleichzeitig die Zahlungen leisten oder die heutige Rentnergeneration müßte auf ihre Ansprüche verzichten. Dieses Problem läßt sich auch bei einem schleichenden Übergang kaum lösen, es sei denn, daß der Staat die entstehenden Lücken aus Steuermitteln schließt, was angesichts der eigenen Haushaltslücken ebenso eine Illusion bleiben dürfte.

Im übrigen ist das derzeit so viel gelobte Kapitaldeckungsverfahren, bei dem jeder Versicherte seine Rücklagen für das Alter selbst anspart, mit etlichen Fragezeichen zu versehen. Das betrifft nicht nur die Erfahrung von zwei Generationen in diesem Jahrhundert, deren Ansprüche an solche Versicherungsarten nach den staatlichen Währungszerrüttungen nur noch Makulatur waren. Das betrifft auch die mit dieser Alterssicherung versprochenen Vorteile einer wesentlich höheren Rente. Zweifellos sind die späteren Rentenzahlungen aufgrund der zinsbedingten Zuwächse der Ansparungsbeträge höher als jene aus dem Umlageverfahren. Zu berücksichtigen ist jedoch, wie diese zinsbedingten Zuwächse zustandekommen.

Geht man dieser Frage nach, dann vergrößern diese Rentenersparnisse zuerst einmal die Kaufkraftmasse, die über Kredite wieder in die Wirtschaft zurückgeführt werden muß. Denn während bei dem Umlageverfahren die von

den Beitragszahlern abgetretene Kaufkraft direkt wieder in den Kreislauf gelangt, macht sie beim Kapitaldeckungsverfahren immer den Umweg über zusätzliche und zu verzinsende Kredite. Die sich daraus ergebende Mehrbelastung an Zinsen wird jedoch in jeder Volkswirtschaft letztlich immer auf die Endverbraucher überwält. Das heißt, die um die Zinsen erhöhten Rentenbeträge müssen von den Versicherten selbst erarbeitet werden, so daß die Vorteile dieser Alterssicherung in Wirklichkeit eine Illusion sind.

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Die Renten mögen zwar sicher sein, wie Bonn ständig wiederholt, aber ihre Absenkung auf die gegebenen Relationen zwischen Beitragseinzahlern und Rentenberechtigten ist so oder so unvermeidlich.

... und bei der Arbeitslosigkeit?

Vollbeschäftigung ist immer erreichbar, wenn man das vorhandene Volumen an (sinnvoller!) Arbeit und die damit verbundenen Einkommen flexibel unter alle Arbeitswilligen aufteilt. Arbeitslosigkeit wird es immer geben, wenn man auf einen Rückgang des Arbeitsvolumens mit Entlassungen reagiert. Daß man dabei den Lohn der weiterhin Beschäftigten um jene Teile kürzen muß, die man zum Unterhalt der Ausgegrenzten benötigt, ist letztlich unvermeidbar. Der zweite Weg ist also der schlechtere. Er nimmt den weiterhin Beschäftigten nicht nur einen Teil des Lohns, sondern auch von jener Freizeit weg, über den die Entlassenen in einem oft schädlichen Überfluß verfügen. Hätten also die Gewerkschaften ihre mutige Arbeitszeitpolitik der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte fortgesetzt, durch die es im Jahresdurchschnitt zu Kürzungen der Wochenarbeitszeit von 20 bis 30 Minuten kam, würden wir heute, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von etwa 28 bis 30 Stunden, kaum eine so hohe Sockelarbeitslosigkeit haben.

Was jedoch auch mit dieser kontinuierlichen Arbeitszeitverkürzung nicht vermeidbar gewesen wäre, sind die schubartigen Anstiege der Arbeitslosigkeit, die – wie aus der *Darstellung 5* zu entnehmen – jeder Hochzinsphase nachfolgen. Diese Anstiege in Millionenhöhe und die damit zusammenhängenden Konjunktur-einbrüche wären also nur vermeidbar, wenn die sich wiederholenden Zinsanstiege unter-

bunden werden könnten. Das wiederum wäre nur möglich, wenn die Bundesbank die Inflationsschübe verhindern könnte, die jedesmal die Zinsen so problematisch in die Höhe treiben. Kurz: Wenn die Bundesbank die Geldmenge endlich in den Griff bekommen würde, was nur mit einer Umlaufsicherung für das Geld erreichbar ist.

Was ebenfalls ohne Geldordnungskorrektur nicht vermieden werden kann, ist – auch bei optimaler Arbeits- und Lohnverteilung – der ständige anfangs relativ und schließlich absolute Rückgang der gesamten Arbeitseinkommen. Der aber muß immer eintreten, wenn die Wirtschaftsleistung mit der Steigerung der Geldvermögen und Schulden nicht mehr mithalten kann, wie das bei uns seit längerem der Fall ist. Erst wenn dieses Überwachstum der monetären Größen und damit die zunehmende Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit überwunden ist, sind auch Produktivitätssteigerungen für die arbeitenden Menschen keine Bedrohung mehr, selbst wenn sie mit Arbeitszeitverkürzungen und Lohnrückgängen verbunden sind. Denn wenn die Rationalisierungsinvestitionen nicht mehr mit hohen Zinsen belastet sind, würden diese Lohnrückgänge durch die Kosteneinsparungen und die ihnen folgenden Preissenkungen weitgehend ausgeglichen.

Ist der Sozialstaat also am Ende?

Unter den beschriebenen Gegebenheiten unserer kapitalistischen Marktwirtschaften, in denen die Umverteilungen von der Arbeit zum Besitz ständig zunehmen müssen, ist der Sozialstaat in seiner historisch gewachsenen Form und Größenordnung zweifellos nicht mehr aufrecht zu erhalten. Außerdem schränken die zunehmenden Engpässe in den öffentlichen Haushalten den verbleibenden Handlungsspielraum immer mehr ein, nicht zuletzt bedingt durch die wachsende Staatsverschuldung. Weiterhin zwingt uns der Rückgang der Zahl der Leistungserbringer gemessen an der Zahl der Leistungsbezieher im sozialen Bereich von vielen Großzügigkeiten Abschied zu nehmen, die in der Vergangenheit noch möglich waren.

Zur Sanierung des noch vorhandenen Sozialstaates ist einmal eine radikale Reform des Steuerwesens erforderlich, mit der sämtliche Einkommen auf gerechte Weise an den Kosten

des Staates wie der Sozialmaßnahmen beteiligt werden. Dazu gehört auch der weitgehende Abbau aller Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten, da diese immer nur durch Höherbelastungen der Steuerzahlermehrheit ausgeglichen werden können.

Doch selbst ein Mehr an Steuergerechtigkeit kann den Sozialstaat letztlich nicht retten, wenn die Fehlstrukturen unseres monetären Systems bestehen bleiben, denn die heutige prekäre Gesamtsituation in unserer Gesellschaft ist weniger die Folge überzogener Ansprüche der Bürger an den Sozialstaat als die der zunehmenden Ansprüche des Kapitals an das Sozialprodukt, die den sozialen Frieden in unserem Land immer mehr gefährden.

Auf ihrem heutigen Stand könnten diese Ansprüche des Kapitals und damit die Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit nur gehalten werden, wenn es möglich wäre, die Wachstumsrate der Wirtschaft auf jene der Geldvermögen bzw. auf die Höhe der Zinsen anzuheben. Da dies aber nicht nur aus Umweltgründen immer weniger möglich ist, kann nur der umgekehrte Weg, nämlich die Absenkung der Zinssätze und damit des Wachstums der Geldvermögen und Schulden auf die gegebenen Wachstumsraten des Sozialprodukts den status quo erhalten. Und schon gar nicht dürfte es zu einem erneuten Anstieg der Inflation und damit der Zinssätze kommen. Denn die nächste Hochzinsphase könnte ein Keulenschlag für die Wirtschaft bedeuten, von der es eine Erholung nur noch schwerlich geben wird!

Aus allen diesen Gründen wäre auch ein „Bündnis für Arbeit“ nur dann erfolgreich, wenn nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch das Kapital – und hier vor allem das Geldkapital – auf Einkommenszuwächse verzichten bzw. diese zumindest an den Anstieg des Sozialprodukts binden würde. Ohne diese Anpassung aller Ansprüche an die Wirtschaftsleistung werden wir die hier aufgezeigten und weiter zunehmenden Problementwicklungen nicht in den Griff bekommen können.

Endresumme

Wenn wir unseren Sozialstaat sanieren und verhindern wollen, daß er der Deregulierung und Globalisierung der Wirtschaft zum Opfer fällt, kommen wir um eine Befassung mit der Geldordnung und ihrer Fehlstrukturen nicht

Wider die Umklammerung des Sozialstaates durch das Geld- und Zinssystem

„Will demokratische Politik überhaupt noch steuernd eingreifen, dann muß sie bei der Einsicht ansetzen, daß immer mehr Bürger erkennen, daß uns gar keine andere Wahl mehr bleibt, als unser politisches Denken und Handeln radikal zu verändern ... Und – nicht zuletzt – mehreren sich die Anzeichen, daß wir über unser Geld- und Zinssystem nachdenken müssen, weil dessen ‚Reziprozitätsdefizite‘ und exponentiell symmetriezerstörende Wirkung immer offener wird.“

Dr. Jürgen Borchert

Sozialstaat unter Druck: Überalterung – Umweltp Probleme – Staatsverschuldung, in: Zeitschrift für Sozialreform Nr. 1/1994, S. 23.

*

„Es wird immer dringlicher, sich im Sinne der Zivilgesellschaft für Mitbestimmung und Selbsthilfe zu engagieren. Eine sozialetische Neubewertung kann, wie die Friedensbewegung, die Bürgerrechtsbewegung oder die Öko-Bewegung und die Frauenbewegung, nur von unten in Gang und durchgesetzt werden. Eine sozialetische Bewegung muß dazu führen, daß die Sozialpflichtigkeit des Eigentums wieder ihr Gewicht bekommt, indem nicht mehr Reichtum mit hohem Status und mit Macht belohnt, sondern mit der Frage konfrontiert wird: Wie dient dieser Reichtum zur Förderung Benachteiligter und wie weit trägt er zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit bei? ... Das in den USA oder den Niederlanden besonders entwickelte Stiftungswesen wäre eine Möglichkeit, privaten Reichtum in soziale Förderung zurückfließen zu lassen. Besonders das Geld-Zinssystem muß, wenn es nicht weiterhin Armut und Verschuldung produzieren soll, völlig neu durchdacht werden.“

Prof. Dr. Gerd Iben

Sozialetik, Marktwirtschaft und Gemeinsinn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 51/1995, S. 28.

herum. Ohne deren Korrektur muß die soziale Polarisierung von Armut und Reichtum weiter zunehmen und damit den finanziellen Spielraum weiter einengen, der für einen Sozialstaat unverzichtbar ist.

Wollen wir die sich abzeichnenden Gefahren verringern oder sogar abbauen, bedarf es also mehr als jener ständigen Flickschustereien, mit denen uns die Politiker aller Couleur zu beruhigen suchen. Denn dieses Kurieren an den Symptomen ist nicht nur häufig kontraproduktiv, es höhlt letztlich in zunehmendem Maße auch die Selbstverantwortung der Menschen aus. Dringend notwendig ist darum eine Krisenanalyse, die den Zusammenhängen bis auf die Ebene der auslösenden Ursachen nachgeht und dafür sorgt, daß durch eine gerechtere Verteilung der Leistungsergebnisse von vornherein die sozialen Unsicherheiten geringer werden. Im Rahmen dieser Ordnungskorrekturen könnte dann die notwendige soziale Sicherheit neu formuliert werden, verbunden mit jener Eigenverantwortung, die mündigen Bürgern zusteht. Nur damit dürfte auf Dauer auch eine Wiederholung jener Entwicklungen abzuwenden sein, an die die eingangs erwähnten Worte aus dem Jahr 1929 erinnern sollten.

23. MÜNDENER GESPRÄCHE

50 Jahre Deutsche Mark – Ein Jubiläum und schon das Ende?

am Sonnabend/Sonntag,
den 28. und 29. März 1998
in den Werratal-Hotels
Hann.-Münden/Ortsteil Laubach

Es werden mitwirken:

Prof. Dr. Peter Rühmann
(Universität Göttingen),
Prof. Dr. Karl A. Schachtschneider
(Universität Erlangen),
Prof. Dr. Dirk Löhr
(Fachhochschule Trier)

Auskunft und Anmeldung:
Ekkehard Lindner,
Behrensener Str. 18, 37186 Moringen,
Tel.: 05503-3205

Was ist neu am Kommunitarismus?

Der gegenwärtig auch in der breiten Öffentlichkeit immer häufiger diskutierte politisch-philosophische Ansatz des Kommunitarismus erscheint manchen auf den ersten Blick als eine Neuauflage von Vorstellungen sozialliberaler Reformen oder auch sozialkonservativer Restauration. Ob er auch innovative Lösungsansätze zu den gravierenden sozioökonomischen Krisen einbringt, ist Gegenstand dieses Aufsatzes.

1.1 Begriffsbildungen beeinflussen das öffentliche Bewußtsein.

Neue Begriffe haben immer eine inspirierende Wirkung – sei sie positiv oder negativ. Positiv, wenn der Begriff oder das Begriffspaar zur Entwicklung innovativer gesellschaftlicher Konzepte anregen. Negativ, wenn die Neuwortbildung einen Mißstand semantisch greifbar macht und damit ins öffentliche Bewußtsein rückt. Insofern handelt es sich im letzteren Fall auch wieder um eine konstruktive Anregung, weil das Erkennen einer Misere wiederum den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung darstellt. So steht *networking* u. a. für das Aufbrechen überholter hierarchischer Strukturen in Organisationen und für die Überwindung allzu formalisierter gesellschaftlicher Beziehungen. Obgleich netzwerkartige Beziehungen seit Beginn der menschlichen Zivilisation existieren, hat dieser ursprünglich von der Elektronik und Informationstheorie okkupierte Begriff zu einer Veränderung des Betrachtungswinkels von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft beigetragen: die Bedeutung und Notwendigkeit informeller Kontakte und Verhandlungssysteme ist seit der Alltagssprachlichen Verallgemeinerung von „Netzwerken“ verstärkt Gegenstand von Reformdiskussionen, u. a. in Bezug auf die Durchsetzbarkeit politischer Programme. Wobei natürlich nicht zu übersehen ist, daß Netzwerkbeziehungen auch subversive und schädliche Auswirkungen haben können.

Ein weiterer Gesichtspunkt semantischer Neuerungen ist, wie schon erwähnt, die Möglichkeit, Probleme in griffigere Worte zu fassen, um sie damit leichter zur Diskussion zu bringen. Beispielsweise ist das Phänomen Psychoterror

am Arbeitsplatz erst seit einigen Jahren Gegenstand von Forschung und öffentlicher Debatte, eben seit Auftauchen der Bezeichnung *Mobbing*.

1.2 Endlich wieder ein neuer „Ismus“?

Seit Beginn der achtziger Jahre ist nun eine Neuschöpfung in Umlauf, die hilfreich auf der Suche nach neuen brauchbaren politischen Ideen zu sein scheint. Wer zum ersten Mal eine Definition des *Kommunitarismus* als Dritten Weg zwischen den beiden großen dieses Jahrhunderts prägenden Gesellschaftsordnungen hört, gerät leicht in euphorische Neugier.

Exkurs: Der Kommunitarismus ist in der Tat eine Denkrichtung der politischen Philosophie, die versucht, einen Mittelweg zwischen individualistischen und kollektivistischen Gesellschaftsformen zu entwerfen. Der Kommunitarist (oder Kommunitarier) kritisiert insbesondere das liberal-individualistische Menschenbild, ohne dabei dessen Errungenschaften in Abrede zu stellen. Er verwirft die Auffassung, daß der größtmögliche Entfaltungsspielraum des Einzelnen hinreichende Gewährleistung ist für eine humane Gesellschaft. Vielmehr sei jedes Individuum auf eine Gemeinschaft angewiesen und umgekehrt. Solche Gemeinschaften sollten idealerweise auf freiwilliger Basis entstanden sein oder zumindest plausible Eintritts- und Austrittskriterien besitzen. Dessen ungeachtet erwirbt jeder Mensch mit seiner Geburt die Mitgliedschaft mindestens einer Gemeinschaft (u. a. einer Familie und eines Staates) samt ihren Rechten und Pflichten. Wobei die Pflichten vom Kommunitarismus als den Rechten ebenbürtig angesehen werden, im Unterschied zur vermeintlichen Wertung durch die liberale Ethik. Von sozialistischen Modellen distanziert sich der Kommunitarismus ebenfalls; so teilt er nicht deren Gleichheitsideale, sondern hält viele Rangunterschiede für naturgegeben oder wenigstens nicht fortschrittshemmend. Gemeinschaftliche Bindungen würden der im Westen weitgehend verlorengegangenen Solidarität eine stabilere Basis schaffen als das bloße Vorhandensein individueller Freiheiten.

Der Wunsch nach einem Dritten Weg ist nicht neu; auch sind in der Ideengeschichte immer wieder Ansätze zu seiner Verwirklichung kre-

iert worden. Diese finden sich bei den Sozialreformern des 19. Jahrhunderts und den Anarchisten über die Reformkommunisten und Befreiungstheologen der sechziger und siebziger Jahre bis hin zu den sogenannten Postkommunisten seit dem Zerfall des Ostblocks¹. Neu am Kommunitarismus ist nach meiner Auffassung sein Ausgangspunkt: während der Sozialismus und seine sozialkritischen Alternativen am Privateigentum bzw. dessen ungerechter Verteilung ansetzen, richtet der Kommunitarismus sein Augenmerk primär auf immaterielle Bedürfnisse – nach Freiheit einerseits und nach sozialer Zuwendung andererseits. Deswegen werden materielle Motive gemeinschaftsfördernden Verhaltens von den Kommunitariern nicht vernachlässigt: die meisten Gruppen müssen, wollen sie ihren Fortbestand sichern, ihren Mitgliedern auch ökonomische Vorteile bieten. Ob es sich dabei nun um kostenlose Schulbildung für alle Einwohner oder um verbilligte Reisen für Gewerkschaftsangehörige handelt. Aber eben auch und gerade nicht-materielle „Güter“ werden vom Kommunitarismus als wesentliches Bindeglied von Gemeinschaften angesehen: Geselligkeit, Ämter, Titel, Mitbestimmung ...

Ist der Kommunitarismus also nur eine postmaterielle Ergänzung zu althergebrachten sozialreformerischen Modellen wie der sozialen Marktwirtschaft oder auch einem demokratischen Sozialismus? Will er lediglich die humanitätsgefährdenden Auswirkungen einer Ethik abmildern, die das Recht des Einzelnen überbetont? Setzt er mit weichen Faktoren fort, was Wohlfahrtsstaatsideen mit der Propagierung monetärer Umverteilung begannen?

2 Pragmatischer Mittelweg oder Resignation?

In diesem Abschnitt gehe ich auf häufige Kritikpunkte gegenüber dem Kommunitarismus ein. Einer davon erscheint auch mir recht bedeutsam: wie lassen sich solche Gesellschaftsvorstellungen mit der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Wirtschaft und Verwaltung vereinbaren?

2.1 Veränderungspotential durch Kommunitarismus wird von vielen als gering eingeschätzt.

Kritiker werfen den Kommunitariern vor, sie würden – unter dem schönfärberischen Vorwand des Pragmatismus – nur einige Sympto-

me der weltweiten ökonomischen und ökologischen Krisen lindern können. Anstatt grundlegende innovative Lösungswege aufzuzeigen, schlägen sie lediglich eine effizientere Nutzung bereits vorhandener Ressourcen und Mittel vor, beispielsweise organisierte Selbsthilfe von Arbeitslosen in Ergänzung zur herkömmlichen Arbeitsmarktpolitik. Überhaupt sollten Aufgaben der Sozialfürsorge nach kommunitaristischen Vorstellungen verstärkt von privaten gemeinnützigen Trägern übernommen werden. Dies aber, so die Gegenstimmen, geschähe dann im Grunde nur, um Staat und Kommunen finanziell zu entlasten. Damit würden Kommunitarier ebenso wie andere vor der Tatsache kapitulieren, daß der bürgerliche Sozialstaat versagt hat. Außerdem befürworten Kommunitarier offenbar die Erhaltung bestehender soziokultureller Strukturen und behindern damit nach Meinung der Skeptiker gesellschaftlichen Wandel und Fortschritt.

In der Tat: während der klassische Wohlfahrtsstaat eine Tendenz zu zentralisierten Umverteilungsinstitutionen hat, neigt der Kommunitarismus eher zur Schaffung kleindimensionaler lokaler Einrichtungen, die, lokal organisiert, gewissermaßen vor Ort und bürgernah Klientelgruppen betreuen bzw. partizipieren lassen können. Besonders *Benjamin Barber* argumentiert in seinen Werken² sehr im Hinblick auf die kommunale Ebene. In einer Art Zwölf-Punkte-Programm fordert er die „*Wiederbelebung des Bürgersinns und der bürgerlichen Beteiligung*“³, darunter, in Punkt 10, verstärkte gemeinnützige Arbeit im Rahmen lokaler Freiwilligenprogramme. Im großen und ganzen ist der Kanon von *Barbers* Vorstellungen vom Wunsch nach mehr bürgerlicher Mitgestaltung politischer und politisch relevanter Prozesse geprägt. Hier ist zu fragen, wo der Unterschied zu seit über zwei Jahrzehnten bekannten Forderungen aus der linksliberalen Richtung liegt. Denn über mehr politische Mitbestimmung des Bürgers ist ja schon in den siebziger Jahren ausgiebig diskutiert worden, was auch entsprechende Früchte trug, eben die „*Neuen Sozialen Bewegungen*“ (Grün-Alternative, Bürgerinitiativen usw.). Damals zielten die Bestrebungen allerdings vorrangig auf die Emanzipation benachteiligter Gruppen und Minderheiten, während dem politischen Engagement des Durchschnittsbürgers seitens der

Theoretiker weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde. Eine gerechte Gesellschaft hielt man in erster Linie für eine Problem der Gleichberechtigung. Wäre die politische Artikulationsfähigkeit von Minderheiten gewährleistet, so die damals wohl herrschende Auffassung, so würde sich auch Verteilungsgerechtigkeit früher oder später ergeben.

Die Kommunitarier indes ergänzen diese Leitbilder insofern, als daß sie eine Gleichverteilung von Rechten für nicht ausreichend erachten. Sie haben erkannt, daß mit Gleichberechtigung nicht unbedingt eine soziale Chancengleichheit einhergeht. Obgleich Rechte notwendige Werkzeuge für die Durchsetzung von Ansprüchen seien, dürfte die Unterstützung von Schwachen nicht allein der öffentlichen Hand überlassen werden. Wie aber läßt sich der Wunsch nach mehr gemeinnützigem Verhalten der Bürger realisieren? Die eine Möglichkeit besteht in vermehrten staatlichen Sanktionen und Pflichtauflagen (z. B. Mindesteinstellungsquoten für Behinderte). Die Kommunitarier wissen wie die Sozialliberalen, daß diese mit hohen Überwachungskosten verbunden sind und häufig zu Ausweichstrategien anregen. Außerdem mindern sie die Gemeinwohlorientierung eher anstatt sie zu fördern, weil sie den Einzelnen vom Problembewußtsein entlasten und dieses an öffentlich-rechtliche Institutionen delegieren.

Den Kommunitariern ist also bewußt, daß es an rationalen Anreizen für solidarisches Verhalten zu fehlen scheint. Einer der bekanntesten Vertreter der jungen Denkrichtung, *Ami-tai Etzioni*, stellt fest, daß moralisch konformes Verhalten auch vom Kostenstandpunkt her Vorteile bringt: „Je stärker die moralische Untermauerung von impliziten Verträgen, desto niedriger sind die Transaktionskosten, denn es besteht weniger die Notwendigkeit, sich gegen Ausfälle abzusichern (...) oder Geld in die Ergreifung rechtlicher Mittel zu investieren (...)“⁴ Und *Michael Walzer* sieht im psychischen Nutzen von Gemeinschaftszugehörigkeit einen Motivationsfaktor für scheinbar altruistisches Verhalten (Patriotismus u. ä.). Dabei bezieht er sich auf *Rousseau* und stellt mit ihm fest, daß ein Staat seinen Angehörigen mehr Bedürfnisse erfüllen muß als nur die elementaren, will er sich einer staatsbejahenden, opferbereiten Bevölkerung sicher sein.⁵ Ein Hauptziel der

Kommunitarier ist also die Implantation eines stärkeren humanitären Grundkonsenses. Im Unterschied etwa zu den Ansichten konservativer Wertpropagandisten soll dies aber nicht durch autoritäre Instanzen geschehen. Die seit einigen Jahren zunehmend ins Leben gerufenen Ethik-Kommissionen sind nur eine Erscheinungsform von versuchtem inszenierten Wertewandel. Das Problem des Anreizes für moralisches Verhalten versuchen die Kommunitarier auf unterschiedliche Weise zu lösen. Mit Sicherheit würde eine Anhebung des bürgerlichen ethischen Bewußtseins auch zu einer Entschärfung vieler sozialer Probleme führen. Gerade im Hinblick auf Deutschland ist es ein Verdienst der ursprünglich amerikanischen neuen Denkart, daß sie von der „Die-kriegen-schon-ihre-Unterstützung“-Mentalität wegführt und die Hilfe für den Nächsten mehr in die Verantwortung des Einzelnen legt. Kann aber – worauf schon der Beginn des Abschnitts 2.1 anzielt – eingeübtes moralisches Verhalten allein eine grundlegende Besserung der Verhältnisse hervorrufen? Oder wird dies von den Vertretern des Kommunitarismus für genauso unrealistisch gehalten wie von seinen Vorgängern bzw. Gegnern?

2.2 Der Kommunitarismus steht in Verdacht, alte Strukturen nur konservieren zu wollen.

Wer die Standpunkte der Kommunitarier zu ethnischen und kulturellen Fragen liest, neigt zu überlegen, ob sie nun eher dem linksliberalen oder konservativen Spektrum zuzuordnen sind. Vielen aus modernistischer Sicht überholten kulturellen Werten und Moralvorstellungen in- und außerhalb des westlichen Kulturraumes wird von den Kommunitaristen eine sinnstiftende, zivilisationsstabilisierende Funktion zuerkannt. Konsequenzen hätte dies vor allem in der Einwanderungspolitik. Jedem Land wird in gewissem Maße das Recht zugebilligt, eigene Zuwanderungskriterien aufzustellen und zwar auch dann, wenn diese nach außen willkürlich erscheinen. Das Einwanderungsrecht einer Person von ethnischer und kultureller Verwandtschaft mit abhängig zu machen, ist demnach kein Tabu mehr und die Existenz eines universalen Rechtsbegriffes, dessen Befolgung von allen Staaten erwartet werden dürfe, wird nicht mehr unbedingt vorausgesetzt. Die Skepsis der Kommunitarier gegenüber einer allgemeingültigen Ethik wie-

derum hat Auswirkungen auf einen anderen Aspekt internationaler Politik: inwieweit und mit welcher Legitimation sind Menschenrechte seitens demokratischer Staaten in anderen Ländern einklagbar? Die aus westlicher Sicht gravierenden Rechtsdefizite in vielen Regionen außerhalb Europas und Nordamerikas müßten demnach mehr toleriert werden als bisher. So könnten mediäval-feudalistische Staaten in Arabien unter Umständen bessere Sicherheitsgaranten darstellen als labile Demokratien. Jeder hat nach kommunitaristischem Verständnis das Recht, in einer autoritären Gemeinschaft zu leben, muß aber jederzeit die Möglichkeit haben, in eine repressionsfreie zu wechseln.⁶

Ein Dilemma liberaler Sittenvorstellungen ist von Kommunitariern ebenso erkannt worden wie von Wertkonservativen: der Liberalismus hat in seiner Geschichte immer unbewußt die Neigung gehabt, seine eigene Quelle versiegen zu lassen. Die Ethiker haben wohl seit der Aufklärung geahnt, daß Freiheit als Ideal nach ihrer Verwirklichung an Anziehungskraft verliert, weil Freiheit nicht viel mehr als die Abwesenheit von Schranken ist. Und ob sie als stabilisierendes Element für eine demokratische Gemeinschaft ebenso ausreicht wie beispielsweise eine Religion für einen theokratischen Staat, ist zweifelhaft. Für die Opposition in den früheren Ostblockländern war die Freiheit des Geistes und des Wortes das Ziel. Seit diese Erregenschaft zum Alltag geworden ist, wird ihr Wert von den Menschen dort scheinbar nicht mehr gewürdigt. Die Rückkehr zu Nationalismus und einer zum Teil sehr radikalen Religiosität wird von Liberalen allzu schnell als Flucht vor sozialen Problemen abgetan. Kommunitarier bestreiten nicht die partielle Richtigkeit dieser Interpretation, weisen jedoch auf die staatstragenden Funktionen nicht-rationaler Leitbilder hin. Und moralisch „gutes“ Verhalten, so fügen sie hinzu, ist nicht durch rationale Anreize hervorgerufen.⁷ Neue unverbrauchte Utopien sind für die meisten Menschen z. Zt. ebensowenig in Sicht wie ein allgemeiner Wohlstand, weshalb ein besonnener Rückgriff auf bekannte Wertesysteme als opportun erscheint. Ernstzunehmen ist der Verdacht, die Renaissance nachbarschaftlich-familiärer Gemeinschaften könne zur Diktatur durch den jeweiligen Mehrheitskonsens und zur Diskriminierung von Minderheiten führen. Diese Ge-

fahr ist auch in Ländern mit langer demokratischer Tradition latent, etwa in US-Regionen mit einem hohen Anteil christlicher Fundamentalisten.

2.3 Hat der Kommunitarismus Lösungsansätze für Wirtschaftskrisen?

Besonders Ökonomen vermissen in kommunitaristischen Schriften konkrete Lösungshinweise gegen das Joch der Massenarbeitslosigkeit. Dem Glaubensbekenntnis der Neoklassiker, wirtschaftliches Wachstum sei immer noch die stärkste Determinante für Beschäftigungssteigerung, wissen die Verfechter der neuen Richtung anscheinend nichts Überzeugendes entgegenzusetzen, sofern sie dies überhaupt versuchen. Wollen sie dem Wachstumsdenken lediglich ein soziales Korrelat gegenüberstellen? *Dietrich Budäus* und *Gernod Grüning* erheben den Vorwurf der Ökonomiescheue in besonders scharfer Form.⁸ Viele Erkenntnisse rationaler Handlungstheorien, der Spieltheorie, des Public-Choice-Ansatzes, der Theorie kollektiven Handelns von *Mancur Olson*⁹ usw. würden von Kommunitariern sträflich vernachlässigt, so auch von *Etzioni*. Auch für sozialverträgliches Handeln müßten nach *Budäus/Grüning* rationale Anreize geschaffen werden. Nun, in der Geschichte der Philosophie wurde immer wieder versucht, alles menschliche Handeln auf Eigennutz zurückzuführen – auch das „selbstlose“ Verhalten. Genauso alt ist die Gegenposition. Endgültig klären konnte diese Frage auch die moderne Empirie nicht. Betrachtet man aber *Etzionis* Begründungen seiner These „*Moralisches Verhalten ist nicht auf ein Anreizsystem zurückführbar*“¹⁰, läßt sich die Behauptung, er ignoriere den Stand der Forschung, nicht halten. So hätten Experimente mit dem Phänomen Schwarzfahren gezeigt, daß die meisten Versuchspersonen auch dann Fahrkarten kaufen, wenn sie wissen, daß eine Kontrolle ausgeschlossen ist.¹¹ Auch andere Studien belegten, daß Einzelpersonen in Transaktionen längst nicht immer den höchstmöglichen Eigennutz anstrebten, sondern in der Regel Nachteile zugunsten von Fairneß in Kauf nahmen. Wenn Menschen nicht aus Eigennutz moralisch handeln, warum dann? *Etzioni* räumt ein, daß dazu noch keine empirisch auch nur halbwegs untermauerte Theorie existiert (*Etzioni* 1994: 147). Er unterstellt der menschlichen Natur aber ein Streben nach Gleichgewicht zwischen persönlichem Nutzen

und Rücksichtnahme auf Bedürfnisse anderer. Während das liberale Menschenbild vom Ziel der höchstmöglichen Maximierung individuellen Vergnügens ausginge, empfinde eine seelisch normale Persönlichkeit realiter Unbehagen gegenüber grenzenlosem Nutzenwachstum – und zwar auch des eigenen Nutzens. Der Wunsch, Profit mit anderen zu teilen, folge zwangsläufig früher oder später.¹² Nur sind eben noch keine durchgreifenden Mechanismen gefunden worden, um diesen natürlichen Gleichgewichtstrieb durchgreifend zur Bekämpfung von Armut einzusetzen – wohl gerade wegen Ermangelung seiner Analyse. Auch der Kommunitarismus läßt es an Vorschlägen fehlen. Seine konkretesten Rezepte beziehen sich nach meinem Eindruck immer noch auf die Erweiterung der Kooperation zwischen Bürger und öffentlicher Hand. Sozialökonomisch gesehen helfen solche Rezepte wenig bei Steigerung der volkswirtschaftlichen Kapazitätsauslastung, mehr schon bei der Entlastung der öffentlichen Haushalte von der Unterstützung Erwerbsloser und nicht Erwerbsfähiger sowie bei anderen sozialen, ökologischen und kulturellen Aufgaben.

Exkurs: Als Beispiel für ein vielseitiges kommunitaristisches Projekt sei das brandenburgische Dorf Netzeband (Kreis Ostprignitz-Ruppin) genannt. Ein in Westdeutschland ansässiger namhafter Landschaftsarchitekt, Horst Wagenfeld, erfuhr vorläufig auf Durchreise von dem bevorstehenden Verkauf der verfallenen Dorfkirche und entschloß sich kurzerhand, das historisch wertvolle Gebäude vor einem ungewissen Schicksal zu retten. Im Gefolge dieses denkmalpflegerischen Projekts entwickelte Wagenfeld mit seiner Gattin, einer PR-Managerin, ein umfassendes Konzept zur Dorfstaurierung. Dies bescherte der bislang unbedeutenden 170-Seelen-Gemeinde neben über 20 unmittelbar geschaffenen Arbeitsplätzen ein weiträumig beachtetes Kulturprogramm, ebenso eine Wiederbelebung der Landwirtschaft durch Öko-Methoden sowie einige Beherbergungsstätten. Johanna Wagenfeld: „Wenn es mir wirklich darum gegangen wäre, mein Geld ‚im Osten‘ gewinnbringend anzulegen, hätte ich ein Hotel an den Rheinsberger See gesetzt, wäre in Düsseldorf geblieben und würde von den Profiten ein viel ruhigeres Leben führen.“¹³ Vielleicht war der Begriff „Kommunitarismus“ weder den Wagenfelds noch den übrigen Netzebandern geläufig. Trotzdem ist die Vorgehensweise typisch kommunitaristisch: unterneh-

merisches und technisches Know-how wird in ein gemeinnütziges Programm eingebettet und dient somit der Erhaltung und Festigung der ganzen Dorfgemeinschaft – in wirtschaftlicher wie in kultureller und ökologischer Hinsicht.

Ohne Zweifel können nichtrationale Motive wie die Erhaltung einer dörflichen Idylle zu überraschenden unternehmerischen Initiativen führen, verbunden mit einem Verzicht auf reinen (materiellen) Profit. Läßt sich der betreffende Wirtschaftszweig wie im Fall Netzeband zudem ohnehin leicht mit sozialökonomischen Belangen verbinden, können kommunitaristische Modelle offenbar mit gewinnorientiertem Denken harmonieren. Wie sieht es aber mit den großen, traditionell arbeitsplatzintensiven Branchen aus? Nach der Exportbasistheorie ist es für den Wohlstand einer Region entscheidend, welchen Anteil die potentiellen Ausfuhrgüter am Bruttosozialprodukt einnehmen. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors ändert daran nichts. Es ist schwer nachzuvollziehen, wie kommunitaristische Leitvorstellungen auf den global besonders umkämpften Märkten realisierbar sein sollen. Wie soll in einem Unternehmen mit starker internationaler Konkurrenz oder in einer Behörde mit schmalem Budget Gemeinsinn am Arbeitsplatz erreicht werden, wenn jeder um den seinen kämpft? In der Tat hat der Kommunitarismus zur Erhaltung des Wirtschaftskreislaufs wenig beizutragen. Er bietet diesbezüglich zum einen Denkanstöße, wie negative Folgen der Marktwirtschaft abzumildern sind. Zum anderen versucht er, Brücken zu bauen zwischen Gemeinwohl und *Nervus rerum*¹⁴, wobei er über Appelle nicht weit hinauskommt; er ist eben immer noch auf der Suche nach wirksamen Anreizmechanismen, sofern er diese überhaupt für existent hält.

Kommen wir also zu dem Punkt, der in besonderer Weise an die Hauptthematik dieser Zeitschrift anknüpft. Von den bekannten US-amerikanischen Kommunitariern hat sich *Walzer* bisher am eingehendsten mit dem Wesen des Geldes befaßt. Sein Interpretationsmuster ist auf den ersten Blick nicht revolutionär. Es kommt bei ihm aber besonders deutlich ein Mißfallen an der Dominanz des Geldes zum Ausdruck, dem es nur an konstruktiven Schlußfolgerungen fehlt.

3 Die Forderung nach komplexer Gleichheit und die Dominanz des Geldes

Die Kommunitarismus-Diskussion entzündete sich seinerzeit durch eine Kritik von *Michael Sandel* am Buch von *John Rawls* „Eine Theorie der Gerechtigkeit“. ¹⁵ Es gilt als eines der wichtigsten Werke zur westlichen politischen Ethik. *Rawls* hält rangmäßige Ungleichheiten der Menschen für legitim, sofern sie unteren Schichten Vorteile bringen, die diese sonst nicht hätten, und mit allgemein zugänglichen Ämtern und Positionen verbunden sind. ¹⁶ *Sandel* stimmt dieser Einschränkung des Rechts auf Vorrangstellung zwar zu, vermisst aber eine *hinreichende* Begründung. *Warum* sollte ein Angehöriger der Oberschicht verpflichtet sein, sein Kapital der Allgemeinheit dienen zu lassen? Hier befindet sich der zu den Liberalen zählende *Rawls* in einem Dilemma. Er spricht dem Menschen in einem angenommenen Urzustand ¹⁷ die gleichen, angeborenen Rechte zu ¹⁸, woraus sich aus kommunitaristischer Sicht noch keine Pflicht zur Umverteilung herleiten läßt. *Rawls* läßt also weltweit nur eine Gerechtigkeit gelten: Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist. ¹⁹ Für *Walzer* dagegen teilt sich die menschliche Gesellschaft in viele Sphären mit verschiedenen Gerechtigkeiten, was er unter dem Begriff *Komplexe Gleichheit* zusammenfaßt.

Nach *Walzer* wird Gerechtigkeit wie ein Gut verteilt; überhaupt sei die Gesellschaft eine Produktions- und Distributionsgesellschaft, worauf sich seine *Theorie der Güter* gründet:

1. Güter sind soziale Güter.
2. Alle menschliche Identität wird aus Gütern gewonnen.
3. Es gibt kein allgemeingültiges Set von Grundgütern für alle moralischen und materiellen Welten.
4. Ob die Verteilung eines Gutes gerecht ist, mißt sich an seiner sozialen Bedeutung, nicht am Gut selbst.
5. Es gibt Schlüsselgüter, d. h. solche, die in vielen Epochen und Sphären ähnlich wichtig sind.
6. Eigenschaften desselben Gutes werden in Sphären unterschiedlich beurteilt.

(nach *Walzer* 1994, S. 32-36)

Zu 1: Sozial ist ein Gut dann, wenn sein Wert nicht durch Einzelpersonen, sondern durch eine Gemeinschaft festgelegt wird. Andere Arten von Gütern gibt es nach *Walzers* Auffassung kaum. Denn auch Gegenstände, die nur für ihren Besitzer einen persönlichen Wert haben, erhalten diesen durch Wertsysteme, die der Besitzer aufgrund seiner Sozialisation entwickelt hat. ²⁰ Die zweite These bedarf noch der Erklärung, daß mit Gütern die potentielle Erfüllung aller materiellen und immateriellen Bedürfnisse gemeint ist. Ein zentraler Gerechtigkeitsgrundsatz *Walzers* ist, daß der Besitz eines Gutes in *einer* Sphäre nicht automatisch zum Besitz eines Gutes in einer *anderen* Sphäre führen darf. ²¹ Demnach darf beispielsweise Grundbesitz nicht zu einer Vorrangposition beim Ämterzugang führen. Wenn aber Transaktionen zwischen Sphären notwendig sind? Dafür ist Geld eben das herausragende Gut. Daß Geld wegen seiner zwischen den Sphären zentralen und „tauschneutralen“ Stellung mehr als jedes andere Gut den Zugang zu den sozialen Gütern ermöglicht, dieser Problematik ist *Walzer* sich bewußt und untersucht sie in einem gesonderten Abschnitt ²² seines Hauptwerks.

Nur eine Trennung sämtlicher Güter kann eine komplexe Gleichheit gewährleisten. Ein Gut sollte sich nur in seiner eigenen Sphäre ausbreiten dürfen und die Grenzen zwischen den Gütern sind zu verteidigen. Nach *Walzer* liegt die Gefahr des Geldes darin, daß es soziale Werte auf den Kopf stellen kann: häßliche Männer können erfolgreich um schöne Frauen werben; geistlose Menschen erlangen durch Vermögen gesellschaftlichen Einfluß. ²³ Derartige ethisch fragwürdige Tauschgeschäfte nennt er *Blockierte Tauschgeschäfte* ²⁴, wobei ansonsten wie gesagt die Gesellschaft notwendig von Tauschbeziehungen durchdrungen ist. Die Gefahr blockierter Tauschhandlungen wird insbesondere vom Geld verursacht, wegen seiner zentralen und neutralen Stellung. Ob ein Tauschhandel blockiert, also verwerflich ist oder nicht, richtet sich nach dem Stellenwert des gekauften Gutes in der Gesellschaft. So setzt *Walzer* den Sklavenhandel an die erste Stelle einer Liste blockierter Tauschgeschäfte, weil menschliche Selbstbestimmung nach allgemeiner Auffassung einen sehr hohen Wert hat ²⁵. Des weiteren abzulehnen sind u. a. Käuflichkeit politischer Ämter und

medizinischer Grundversorgung sowie Notlagengeschäfte (z. B. 12-Stunden-Tag). Zusammengefaßt soll die Liste ausdrücken, daß Tauschbeziehungen dann illegitim oder ganz unmöglich sind, wenn sie die soziale Bedeutung eines Gutes verfälschen oder seiner Bedeutung widersprechen.

So tief sinnig und glasklar *Walzer* seine Erkenntnisse über das Wesen des Geldes darlegt, so dürtig wirken seine Vorschläge zur Abmilderung der Dominanz des Geldes. *Walzers* zentrale Forderung lautet, daß blockierte Tauschgeschäfte verhindert werden müssen, um die Funktionsfähigkeit des Marktes zu erhalten. Dabei ist eines dieser Geschäfte nach meiner Einschätzung ausschlaggebend für eine fehlgesteuerte Marktwirtschaft: Notlagengeschäfte, insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. *Walzer* fordert nun zu deren Prävention diverse Redistributionsmaßnahmen, die nicht sonderlich originell klingen:

1. Neuverteilung der Marktmacht durch Stärkung der arbeitnehmerischen Mitbestimmung.
2. Neuverteilung des Geldes selbst via Steuersystem.
3. Neuverteilung der Besitzrechte, z. B. durch genossenschaftliche Mitbestimmung über Produktionsmittel.

(nach *Walzer*, S. 186-187)

Hier sind wir wieder an der Effizienzfalle angelangt. Mehr Mitbestimmung durch Gewerkschaften und Betriebsräte hilft wenig bei schlechter Auftragslage. Hohe Steuern haben, wie wir wissen, auch die skandinavischen Länder langfristig nicht vor Massenarbeitslosigkeit und ihren Folgen bewahren können. Und Miteigentümerschaft an Produktionsmitteln ändert nichts an betrieblichen Rationalisierungszwängen.

Walzer hält die Herrschaft des Geldes außerhalb seiner Sphäre für gefährlich. Die Sphäre des Geldes, das ist der Markt. Besonders problematisch scheint für *Walzer* die Möglichkeit zu sein, sich mit Geld Einfluß in der Politik zu erkaufen: „Aufs Ganze gesehen bleibt die Sprache des Geldes in einem demokratischen Staat jedoch eine tückische Angelegenheit, die es erforderlich macht, ... die Akkumulation von Geld zu begren-

zen (*sic!*) (so wie wir auch sein Gewicht begrenzen müssen).“²⁶ Daß Akkumulation auch die Macht innerhalb des Marktes zum Problem machen könnte, glaubt *Walzer* mit herkömmlichen Demonopolisierungsmaßnahmen begrenzen zu können. Er übersieht dabei folgendes: starke Kapitalanhäufung gibt dem Besitzer von Geld die Möglichkeit, es dem Markt und damit auch gemeinschaftlich sinnvollem Wirtschaften zu entziehen. Zudem kann er, je nach Höhe seiner Zinseinkünfte, seine Qualifikation und Arbeitskraft der Allgemeinheit vorenthalten. Der Mechanismus des leistungslosen Einkommens durch Zins und Bodenrente verleitet zu einer Investition von Kapital allein nach monetären Ertragskriterien und nicht nach dem gesellschaftlichen Nutzen. Dies schließt verantwortungsbewußtes Unternehmertum zwar nicht aus (siehe Fall Netzeband), „bestraft“ es aber mit höherem Arbeitsaufwand, niedrigeren Kapitaleinkünften und größerem Risiko.

Noch einmal zur Theorie der Güter. Es gibt nach *Walzer* einige dominante Güter. Dominant ist ein Gut, wenn sein Besitz automatisch zur Herrschaft über viele andere Güter führt.²⁷ Damit Dominanz nicht zur Machtmonopolisierung und zur sphärenübergreifenden Herrschaft führt, muß das Gut entweder beseitigt und ersetzt werden oder, wenn das nicht möglich ist, seine Dominanz neutralisiert werden durch Umverteilung oder dadurch, daß andere Güter die gleiche Dominanz verliehen bekommen. Geld als dominantes Gut läßt sich nicht ersetzen; seine Tauschneutralität und Wertaufbewahrungsfunktion ist unverzichtbar. Umverteilung mit herkömmlichen Methoden ist, wie oben schon festgestellt, wenig effektiv. Und über den Ausgleich seiner Herrschaft durch alternative Tauschmittel sind in dieser Zeitschrift schon öfter Beiträge erschienen.²⁸

Walzer sieht das hohe Tauschpotential des Geldes als Ursache seiner Dominanz an. Das ist es aber nicht allein. Die Tauschneutralität des Geldes in Verbindung mit seiner Fähigkeit, sich gewissermaßen von selbst zu vermehren, ist das eigentliche Problem. Der potentielle oder aktuelle Einfluß des Geldbesitzers auf andere gesellschaftliche Sphären steigt praktisch exponentiell und ohne sein Zutun. Die Gelddominanz kann nur dann auf ein erträgli-

ches Maß reduziert werden, wenn der Anreiz zu einem unproduktiven oder arbeitsvernichtenden Horten verschwindet. Dann wäre eine mächtige Triebfeder da, Geld in den Wirtschaftszyklus einfließen anstatt es diesen thrombotisch blockieren zu lassen. Der rationale Anreiz zum moralischen Handeln, wonach *Etzioni* und andere Kommunitarier suchen, ist also keine bloße Wunschvorstellung und im Wesen des Geldes liegt der Schlüssel dazu.

4 Zusammenfassung: ein Wegweiser in die richtige Richtung

Der Kommunitarismus ist ein Versuch, aus einer Krise herauszuführen, die nicht nur durch massive materielle Probleme, sondern auch durch einen rapiden Werteverlust gekennzeichnet ist. Die moralischen Defizite liberaler und individualistischer Auffassungen von Recht und Freiheit sollen überwunden werden. Und eine Abwehr gegen das Wiedererstehen autoritärer Gesellschaftsformen wird von den Kommunitariern mehr oder weniger ebenfalls als notwendig erkannt. Ihre Ziele erreichen wollen die Vertreter dieser jungen politischen Philosophie durch irrationale und rationale Leitbilder, die sich wechselseitig bedingen. Irrationale Traditionen, Glaubenshaltungen und andere Emotionsträger stabilisieren eine Gemeinschaft und damit auch ihr Umfeld. Rational gesehen weist der Kommunitarismus in Richtung Bürgerstaat, womit eine aktive Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben auch durch die Einwohner verbunden ist. Dies kommt dem Subsidiaritätsprinzip entgegen, nach dem die öffentliche Hand erst dort eingreifen soll, wo private Institutionen die entsprechende Aufgabe nicht erfüllen können.

Sozioökonomisch gesehen können kommunitaristische Prinzipien lediglich einige negative Erscheinungen der Marktwirtschaft lindern, ohne deren Wurzeln zu beseitigen. Am positivsten zu bewerten sind dabei noch die zahlreichen Anregungen zur Entlastung des Staates und der Kommunen von gemeinnützigen Aufgaben.

Der Kommunitarismus entwickelt also für Politik und Wirtschaft keine grundlegend neuen Reformkonzepte, wenn er auch die Verhältnisse in begrifflich-konstruktivistischer Hinsicht

auf eine sehr anschauliche Weise darstellt und analysiert. Seine Ermahnungen zur ethischen Erneuerung ohne bloße Restauration sind bislang noch arm an konkreten Handlungsmustern. Hier können andere alternative Modelle wie die Freiwirtschaftsidee anknüpfen und die im Kommunitarismus zweifellos vorhandenen positiven Ansätze weiterentwickeln.

Anmerkungen

- 1 Z.B. Cysi, Gregor (Hg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.
- 2 Barber, Benjamin R.: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press 1984.
- 3 Reese-Schäfer, Walter: Was ist Kommunitarismus? Frankfurt/M., New York, Campus Verlag 1995, S. 101-102.
- 4 Etzioni, Amitai: Jenseits des Egoismusprinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. (Engl.: The Moral Dimension. Toward A New Economics.) Stuttgart 1994, S. 138.
- 5 Walzer, Michael: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit; Frankfurt/M., New York, Campus Verlag 1992; S. 108.
- 6 Vgl. Walzer 1992, S. 88-92
- 7 Etzioni 1994, Kap. 5
- 8 Budäus, Dietrich/Grüning, Cernod: Kommunitarismus – eine Reformperspektive? Eine kritische Analyse kommunitaristischer Vorstellungen zur Gesellschafts- und Verwaltungsreform. Berlin 1997.
- 9 Olson, Mancur: The Logic of Collective Action – Public Goods and the Theory of Groups. Cambridge/London 1994.
- 10 Etzioni 1994, Titel des Kap. 5.
- 11 Etzioni 1994, S. 116-123
- 12 Vgl. Etzioni 1994: 163-167
- 13 Vgl. Kupfer, Robby; Großes Theater am Ende der Welt. Bericht im Hamburger Abendblatt Nr. 190 vom 16.8.1997, S. 3.
- 14 Scherzh.: Geld als Zielpunkt allen Strebens, als wichtige Grundlage.
- 15 Originaltitel: A Theory of Justice. Dt. Übers. v. Hermann Verter, Suhrkamp, Frankfurt/M, 9. Aufl. 1996.
- 16 Vgl. a.a.o., S. 81, Nr. 2
- 17 a.a.o. Kap. I.4
- 18 a.a.o S. 36/37
- 19 a.a.o., S. 81, Nr. 1
- 20 Walzer 1992: S. 32
- 21 a.a.o. S. 49
- 22 Walzer 1992, S. 150-194; 4. Kap., Geld und Waren.
- 23 Walzer 1992, S. 151, zitiert nach Marx
- 24 Walzer 1992, S. 157-161
- 25 Walzer 1992, S. 157
- 26 a.a.o S. 173
- 27 Walzer, S. 37
- 28 U. a. in Heft 101, Juli 1994, Beiträge von Estermann, Schneider und Creutz.